



Per E-Mail

An die
akkreditierten Medien

Zug, 5. Mai 2021 ek

INFOS DES REGIERUNGSRATS

Medienmitteilungen und Vernehmlassungen

Alle Medienmitteilungen und Vernehmlassungen des Kantons Zug sind aufgeschaltet unter:

Medienmitteilungen: www.zg.ch/medienmitteilungen

Vernehmlassungen: www.zg.ch/vernehmlassungen

Weitere Meldungen

Zuger Regierung befürwortet grundsätzlich die Revision der eidgenössischen Jagdverordnung

Mit der Revision der eidgenössischen Jagdverordnung (JSV) bezweckt der Bundesrat, im Rahmen des geltenden Jagdgesetzes eine geregelte Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren herbeizuführen. Hierzu sollen insbesondere die Schwellenwerte für die Wolfsregulierung herabgesetzt, neue Schwellenwerte für Risse an Pferden, Eseln und Grossvieh bestimmt sowie Massnahmen für einen effektiveren Herdenschutz ermöglicht werden. Der Regierungsrat begrüsst den ihm vorliegenden Entwurf der Jagdverordnung im Grundsatz, sieht jedoch im Hinblick auf die einzelnen vorgesehenen Regelungen Präzisierungsbedarf.

Regierungsrat befürwortet das befristete Abkommen zwischen der Schweiz und Grossbritannien

Nachdem mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU das Freizügigkeitsabkommen keine Anwendung mehr findet, wurde ein auf zwei Jahre befristetes Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen. Damit können bis zur definitiven Regelung Dienstleistungsanbieter weiterhin im jeweils anderen Staat ihrer Tätigkeit nachgehen.

Regierungsrat begrüsst Ausbau des Sexualstrafrechts

Der Regierungsrat unterstützt die Vorschläge des Bundesrats, gewisse Handlungen im Sexualbereich neu unter Strafe zu stellen. Mit dem «sexuellen Übergriff» wird ein neuer Grundtatbestand eingeführt, mit dem bestimmte Fälle neu als Vergehen bestraft werden können, und die Definition der «Vergewaltigung» soll auch männliche Opfer umfassen. Der Regierungsrat unterstützt weiter, dass die Anbahnung von sexuellen Kontakten mit Minderjährigen, sog. «Grooming», strafbar werden soll. Umgekehrt sollen Jugendliche entkriminalisiert werden, wenn sie pornografische Selfies unter sich weiterleiten.